

## KOMMENTAR

## Botschaften vom Basar

Beim Landeshaushalt werden Stellen und Programme verteilt

Dass es bei den Verhandlungen für einen Landeshaushalt nicht mehr wie bei einem Basar zugehen sollte, ist eigentlich Winfried Kretschmanns langgehegter Wunsch. Doch auch für den Doppelhaushalt 2023/24 mussten Minister und Ministerinnen wie bei einem Basar antreten. Dass sie mit Vorstellungen von zunächst 9.000 neuen Stellen weit übers Ziel hinausgeschossen waren, war ihnen seit dem Ruffel des Ministerpräsidenten schon vor Wochen klar, den sie aber geschäftsmäßig ertragen hatten. Die Lösung der widerstreitenden Interessen nach stundenlanger Sitzung der Haushaltskommission: Die einen bekommen Stellen, die anderen Programme, aber alles bleibt im Rahmen.

Es gibt mehr Stellen für Lehrer, Polizei und den Justizvollzug. Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne) darf sich gestärkt fühlen, genauso auch der in Bedrängnis geratene Innenminister Thomas Strobl (CDU), zum zweiten Mal hat Justizministerin Marion Gentges (CDU) mit ihren Wünschen reüssiert. Für die grüne Seele gibt es ein aufgestocktes Klimaschutzprogramm. Wie bei so vielem stehen über allen Zahlen die Unwägbarkeiten in Zeiten des Ukraine-Krieges. Ob die Risikopuffer mit Blick auf Inflation, Steuermindereinnahmen und den teilweise frech zu nennenden Zugriff der Bundesregierung auf die Landeshaushalte ausreichen, steht in den Sternen. Das ist den Beteiligten bewusst.

Doch es gibt weitere Botschaften. Eine davon ist der nonchalante Umgang mit dem Koalitionsvertrag, in dem niedergelegt war, dass neue Stellen nur geschaffen werden, wenn andere wegfallen. Eine andere Botschaft: Kretschmann und Finanz-



Von Theo Westermann

minister Danyal Bayaz haben nicht dem Drängen grüner Parteiprominenz nachgegeben, die Schuldenbremse für den Klimaschutz zu lockern. Nach ihrer Vorgängerin Sandra Detzer muss nun auch die neue Grünen-Landesvorsitzende Lena Schwalling erfahren, dass Kretschmann nichts von jener in der Tat allzu einfachen Rechnung hält, dass mehr staatliche Milliarden im deutschen Südwesten für den Klimaschutz der globalen Klimakrise auch mehr helfen.

Der grüne Regierungschef, schon lange weit über seiner Partei schwebend, liebt eher seine Rolle als Ideengeber und Antrieber privater Investitionen in Sachen Klimaschutz. Das Image finanzieller Solidität, in Baden-Württemberg immer noch wichtig für den Wähler, nimmt er dabei gerne mit. Auch wenn die 1.700 neuen Stellen nicht dazu passen. Doch hier weiß der Ministerpräsident genau, dass dem Bürger im Zweifelsfall zusätzliche Lehrer und mehr innere Sicherheit wichtiger sind als ein Koalitionsvertrag und übergroße Grundsatztreue in der Finanzpolitik jenseits der großen Leitplanken.



## ZAHLE DES TAGES

8,2

Prozent

jährliche Tarifierhöhung ab 2023 fordert die Gewerkschaft Vereinigung Cockpit für ihre Piloten.

## ZITAT DES TAGES

Sie legen einen Haushalt vor, der von Anfang an nicht stimmt.

**Sebastian Brehm**  
Der CSU-Haushaltspolitiker übt Kritik an der Bundesregierung

## KALENDERBLATT

**7. September 1822:** Brasilien erklärt seine Unabhängigkeit von Portugal. Damit endet die rund 400 Jahre dauernde portugiesische Kolonialherrschaft. Der portugiesische Thronfolger wird später als Peter I. Kaiser von Brasilien. (dpa)

## KOMMENTAR

## Nichtstun wäre deutlich teurer

Bund und Länder streiten über Fortführung des 9-Euro-Tickets

Die Abstimmung fand mit den Füßen statt. Einen Sommer lang stürmten die Deutschen im wahrsten Sinne des Wortes die Bahnen und Busse, um zum Super-Schnäppchen-Preis von neun Euro pro Monat kreuz und quer durchs ganze Land zu reisen. Das 9-Euro-Ticket, als Gegenstück zum Tankrabatt konzipiert, sollte die Pendler kurzfristig entlasten und gleichzeitig den Umstieg vom Auto zur Bahn fördern. Doch es bewirkte viel mehr: Es war die beste Werbung für einen freien, nicht an Tarifgrenzen gebundenen Nahverkehr. Das 9-Euro-Ticket beseitigte mit einem Schlag den bestehenden Tarifschubengel.

Damit aber weckte es Begehrlichkeiten, die die Politik in der Kürze der Zeit weder erfüllen konnte noch wollte. Seit dem Monatsbeginn herrschen wieder die alten Zustände, zum Teil erhöhten Verkehrsverbünde gar wegen der stark gestiegenen Energiekosten die Ticketpreise. Ob es eine Fortsetzung geben wird, wie diese aussieht und wann sie in Kraft tritt, ist völlig offen, auch wenn sich die Ampel-Koalition in ihrem am Sonntag beschlossenen dritten Entlastungspaket für eine Fortführung bei einem Preiskorridor zwischen 49 und 69 Euro ausgesprochen hat und dafür 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen will. Denn für den Nahverkehr sind die Länder zuständig – und die fühlen sich vom Bund wieder einmal überfahren. Sie sollen nämlich ihrerseits ebenfalls 1,5 Milliarden bereitstellen, ohne dass sie im Vorfeld überhaupt informiert wurden. Entsprechend groß ist die Verärgerung bei den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten sowie den Chefs der Verkehrsressorts. Sie fordern, dass der Bund das Nachfolgemodell



Von Martin Ferber

komplett finanziert. Klar ist: Öffentlicher Nahverkehr ist personal- und energieintensiv und daher teuer, ein Ausbau kostet zusätzliches Geld. Hohe Ticketpreise aber wirken abschreckend, ab einer bestimmten Preisgrenze sind Busse und Bahnen im Vergleich zum Auto einfach nicht mehr attraktiv, erst recht in den ländlichen Räumen, wo das Angebot dünn ist. Nahverkehr war schon immer auf Zuschüsse angewiesen.

Der Poker ums Geld hat begonnen. Gleichzeitig ist der Druck auf den Bund wie die Länder groß: Sie können sich ein Scheitern nicht erlauben. Zum einen wollen die Bürger ein Anstufsticket, das günstig, einfach und flexibel ist. Zum anderen muss der Verkehrssektor seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Da fehlt es noch gewaltig. Investitionen in den Nahverkehr sind daher schlicht unumgänglich, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Die Flatrate für die „Öffis“ schafft beides: Sie entlastet die Bürger und befördert die Verkehrswende. Nichtstun wäre langfristig deutlich teurer.

## ANALYSE DES TAGES

## Kein Anschlusszwang

Die Grünen wollen die Nutzung der Fernwärme vorantreiben

Die Ukraine- und damit einhergehend die Energiekrise produzieren in Richtung Klimaschutz beachtliche Entwicklungen. Das populärste Beispiel ist das 9-Euro-Ticket: Mit einem einzigen Beschluss waren alle Grenzen zwischen Verkehrsverbänden aufgehoben. Noch vor einem halben Jahr schien das aufgrund der komplexen Zuschussarithmetik undenkbar. Auch das Eingreifen des Staates in die Preisbildung bei der Energie ist in der aktuellen Form neu. Wenn jetzt die baden-württembergischen Grünen über einen „Anschlusszwang“ an Wärmenetze bei älteren Gebäuden konkreter nachdenken, ist das im Grundsatz eine gute Idee. Aber schnell umsetzbar ist sie nicht. Beim weiter verfolgten Ziel, bis 2040 klimaneutral zu sein, sollte Augenmaß, nicht Zwang das Vorgehen bestimmen.

Der Ausbau von Fernwärmesystemen, dem dem Vorstoß zugrunde liegt, ist aufwendig. Da geht nichts von heute auf morgen. Solche Projekte sind darauf angewiesen, dass möglichst viele Anlieger mit dabei sind, um die Investitionskosten besser in den Griff zu bekommen. Schnell geht bei diesem Vor-



Von Matthias Kuld

stoß auch deshalb nichts, weil solche Projekte gerade in bestehenden Stadtvierteln hohen planerischen und baulichen Aufwand erfordern. Ein Mehraufwand gegenüber Neubaugebieten, in denen der Anschlusszwang schon aktuell ein Instrument ist. Dass Fernwärme – die Nutzung industrieller Prozesswärme – durchaus attraktiv ist, zeigt ihre Verbreitung in Karlsruhe, wo 45.000 Haushalte angeschlossen sind.

Der mögliche Zwang steht im Gegensatz zur bisherigen Vorgehensweise in der Klimapolitik. Da war der Einzelne gefragt, der

mit Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen umweltfreundlich seinen Energieverbrauch senkt. Die Erfolge dieser Politik lassen sich vielerorts vor Häusern und auf Dächern begutachten. Die Menschen tragen zum Klimaschutz bei. Zeitweise sehr üppige Zuschüsse haben auch dazu geführt, dass in vielen Kellern mittlerweile hochmoderne energieeffiziente Heizungsanlagen stehen. Hier jetzt die Menschen zwangsweise an die Fernwärme anzuschließen, wird teuer für die Betroffenen und reduziert im Zweifelsfall deren Engagement für den Klimaschutz. Da muss man mit vernünftigen Übergangsfristen arbeiten.

Die Grünen haben einen Vorschlag präsentiert und müssen nun schauen, ob und wie sie den im geplanten Klimaschutzgesetz unterbringen. Der Koalitionspartner wird gegen den Ausbau der Fernwärme wenig ins Feld führen können. Insoweit können die aktuellen Überlegungen vorangetrieben werden. Es sollte nur nicht übers Ziel hinausgeschossen werden. Mit Zwang erreicht man meist das Gegenteil dessen, was man anstrebt.

## PERSON DES TAGES

## Herzogin der klaren Worte

In vielerlei Hinsicht war Meghan Markle, die am Dienstag mit ihrem Mann in Düsseldorf zu Besuch war, eine ungewöhnliche, wenn nicht beispiellose Kandidatin für die britische Königsfamilie. Die Schauspielerin stammt aus den USA und ist drei Jahre älter als Prinz Harry. Sie war schon einmal verheiratet und hatte sich nach zwei Jahren Ehe scheiden lassen. Ihre Mutter ist die Afro-Amerikanerin Doria Ragland und ihr Vater der von schottischen Einwanderern abstammende Thomas Markle. „Ich bin halb weiß und halb schwarz“, kommentiert Meghan selbst einmal, „und stolz darauf, eine starke, selbstbewusste, gemischtrassige Frau zu sein.“

Die Kalifornierin hat, wie ja auch Prinz Harry, eine nicht einfache Kindheit hinter sich. Meghans Eltern schieden sich, als sie sechs Jahre alt war, das Kind lebte abwechselnd bei beiden Elternteilen. Schon früh, als Zehnjährige, hatte Meghan ihren eigenen Kopf. Sie engagierte sich im Kampf gegen Rassismus, organisierte eine Demonstration gegen den ersten Golfkrieg und sprach sich gegen die Diskriminierung von Frauen aus.

Als Elfjährige nahm sie sich den Konzern Procter & Gamble zur Brust, der in einer

Fernsehwerbung die Rolle von Frauen aufs Abwaschen reduziert hatte. Meghan schrieb einen Brief an den Konzern, in dem sie ihre Entrüstung über den Werbe-

spot äußerte, und einen weiteren an die damalige First Lady der USA, Hillary Clinton. Innerhalb eines Monats wurde der Spot eingestellt.

Als 16-Jährige verfolgte sie die Beerdigung von Prinzessin Diana und war tief gerührt, nicht zuletzt davon, dass auf dem Sarg ein Brief mit der einfachen Aufschrift „Mutti“ lag. Er war von Harry. Später diskutierte sie in der Schule Dianas Schicksal. „Meghan war von Diana fasziniert“, machte ihr Biograph Andrew Morton vor einiger Zeit deutlich. „Nicht nur von ihrem Stil, sondern auch von ihrer unabhängigen, humanitären Mission. Sie sah sie als Rollenmodell“, so Morton. Als es zum sogenannten Megxit kam, dem Abschied von Harry und Meghan aus Großbritannien ins sonnige Kalifornien, fühlten sich im Heimatland von Harry all jene bestätigt, die getönt hatten, dass sie nicht so recht in die königliche Familie passt. Und als Meghan zusammen mit Harry in ihrem sensationellen Interview mit Oprah Winfrey nahelegte, dass es auch bei den Royals Rassismus gäbe, waren die Brücken wohl endgültig abgebrochen. Eine Versöhnung oder gar eine Rückkehr aus Hollywood ist wohl ausgeschlossen. Jochen Wittmann



Zur Person  
Herzogin Meghan

Die Ehefrau von Prinz Harry machte am Dienstag Werbung für die Invictus Games. Foto: Toby Melville/dpa



Druck und Verlag: Badische Neueste Nachrichten Badendruck GmbH  
Linkenheimer Landstraße 133, 76149 Karlsruhe



Verleger, Herausgeber und Chefredakteur: Klaus Michael Baur

Stellvertretende Chefredakteure: Rainer Haendle, Lars Geipel  
Leitende Redakteure: Tobias Roth (Themen), Daniel Stahl (Online), Matthias Kuld (Print)

Verantwortlich im Sinne des Landespressgesetzes sind folgende Redakteure: Politik, Südweste, Wirtschaft, Kultur und Sport: Mario Beltschak; Karlsruhe, Ettlingen und Region: Christopher Töngi; Pforzheim, Bruchsal, Bretten und Hardt: Anne Weiss; Rastatt, Baden-Baden, Gaggenau, Bühl und Achern: Peter J. Funk. Weitere leitende Redakteure: Alexei Makarev; Martin Ferber; Daniel Streib (Politik); Sibylle Kranich (Südweste); Dirk Neubauer (Wirtschaft); Andreas Jüttner (Kultur); René Dankert (Sport); Gerhard Wolf (Lokalreport); Florian Konrad (Sport Mittelbaden); Frank Seyen (Sport Pforzheim); Marcel Winter (Sport Bruchsal); Stefan Proetel; Tina Givoni; Wolfgang Voigt (Karlsruhe); Heidi Schulte-Walter; Rainer Obert (Ettlingen); Michael

Rudolphi; Bernd Kamleitner (Baden-Baden); Frank Löhnig (Achern); Wilfried Lienhard, Ulrich Coenen (Bühl); Holger Siebnich, Swantje Huse (Rastatt); Dominic Körner (Hardt); Philip Sandrock, René Ronge (Pforzheim); Christina Zäpfel (Bruchsal); Christof Bindschädel, Hansjörg Ebert (Bretten); Annette Borchardt-Wenzel (Magazin und Gesellschaft, Fächer und Reise); Cora Jahn-Rosemann; Holger Keller (Beilagen und Sonderveröffentlichungen); Michael Schorpp; Veronika Wunsch (Personal und Technik); Marc Dietz, Kathrin Hurst (Technik und Gestaltung); Theo Westermann (Stuttgart); Stefan Lange, Bernhard Junginger, Christian Grimm (Berlin). Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird von uns keine Gewähr übernommen.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Ulf Spannagel. Aufnahme von Anzeigen nur zu den Bedingungen der jeweils gültigen Anzeigen-Preiskliste und den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verlags. Abstellungen eines Abonnements (gedruckte Ausgabe) können nur schriftlich mit einer vierwöchentlichen Frist zum Monatsende angenommen werden. Bei Abstellungen zu einem anderen Termin erfolgt keine

Rückstattung der Abonnementgebühren. Sollte die Zeitung wegen höherer Gewalt oder Störung des Arbeitsfriedens nicht erscheinen, besteht kein Anspruch auf Rückstattung des Bezugsbetrags. Wir weisen darauf hin, dass Vertragsdaten in einer Datenverarbeitungsanlage gespeichert werden, gemäß den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen auch über den Zeitpunkt der Vertragserfüllung hinaus.